

**Mitteilung des Senats vom 3. November 2009**

**Ausbildungssituation für Jugendliche im Land Bremen**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat unter Drucksache 17/912 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung

Die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für eine berufliche Perspektive für junge Frauen und Männer in Bremen und Bremerhaven gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Senats. Deswegen unternimmt der Senat gemeinsam mit den Partnern der „Bremer Vereinbarungen 2008 bis 2010“ alle Anstrengungen, die Schaffung und Besetzung von betrieblichen Ausbildungsplätzen zu unterstützen und unversorgten Jugendlichen ein berufliches Angebot zu unterbreiten. Die Ergebnisse für das Ausbildungsjahr 2009/2010, die von verschiedenen Stellen zusammengetragen werden müssen, liegen in den nächsten Wochen vor und werden am 1. Dezember 2009 mit den Partnern gemeinsam beraten und bewertet.

Auf Grundlage des derzeitigen Informations- und Beratungsstandes werden die einzelnen Fragen wie folgt beantwortet:

1. Wie wirken sich die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nach Einschätzung des Senats auf den Ausbildungsmarkt in Bremen aus?

Nach den beiden großen Einstellungswellen zum 1. August und 1. September eines jeden Jahres werden etliche Ausbildungsverhältnisse noch nachträglich erfasst, sodass endgültige Aussagen zum Ausbildungsmarkt erst gegen Ende des Jahres möglich sind.

Die nachstehenden Daten wurden von den Agenturen für Arbeit und zuständigen Kammern mit Sperrfrist 13. Oktober 2009 veröffentlicht.

Im Vergleich zur Bundesentwicklung (insgesamt 454 900 Verträge) mit einem Minus von 7,7 % ist der Rückgang der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse im Land Bremen bei einem Minus von 5,5 % moderater ausgefallen. Am stärksten ist der Rückgang bei der Handelskammer Bremen, die die von der Konjunkturkrise besonders betroffene Speditions- und Logistikbranche vertritt. In anderen Bereichen (z. B. Ärzte-, Rechtsanwalts- und Landwirtschaftskammern) konnten die guten Zahlen der Vorjahre sogar gehalten werden.

Tabelle 1: Eingetragene Ausbildungsverhältnisse zum Stand 30. September 2009

Eingetragene Ausbildungsverhältnisse	30. September 2009	30. September 2008	Veränderung
Handwerkskammer Bremen	1214	1235*)	- 21 (- 1,7 %)
Davon Stadt Bremen	858	873	
Davon Bremerhaven	356	362	
Handelskammer Bremen	3170	3467	- 297 (- 8,6 %)
IHK Bremerhaven	711	740	- 29 (- 3,9 %)

\*) Die Angaben für die Splittung zwischen den Städten sind für den Stichtag geschätzt.

Eingetragene Ausbildungsverhältnisse	30. September 2009	30. September 2008	Veränderung
Senatorin für Finanzen	144	143	+ 1 (+ 0,7 %)
Magistrat Bremerhaven	14	14	0
Kleine Kammern/Freie Berufe Davon Bremerhaven**	665 136	662 123	+ 3 (+ 0,5 %) + 13 (+ 10,6 %)
Land Bremen	5918	6261	- 343 (- 5,5 %)
Stadt Bremen	4701	5022	- 321 (- 6,4 %)
Stadt Bremerhaven	1217	1239	- 22 (- 1,8 %)

Die Entwicklung im Land Bremen zeigt sich verstärkt auch auf der Bundesebene:

- In Industrie und Handel wurden auf Bundesebene 311 825 Ausbildungsverträge abgeschlossen, das sind 31 434 (- 9,2 %) weniger als zum Stichtag 2008.
- Im Handwerk liegt der Rückgang bei Minus 6,1 %. Mit 143 121 Ausbildungsverträgen wurden 9324 Verträge weniger als im Vorjahr eingetragen.
- Bei den Freien Berufen wurden 42 501 Verträge abgeschlossen, ein Minus von 873 (- 2,0 %).

Diese erste Bilanz zeigt: Trotz schwieriger Auftragslage investieren die Unternehmen im Land Bremen weiterhin in die Ausbildung junger Menschen. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist nicht so stark zurückgegangen, wie dies im Krisenjahr 2009 zu befürchten war.

Unter Federführung des Senats tauschen sich die Partner der Bremer Vereinbarungen 2008 bis 2010 regelmäßig zur aktuellen Situation auf dem Ausbildungsmarkt aus, um bei Bedarf erforderliche Schritte abzustimmen und einzuleiten. Dieses Verfahren hat sich bereits in der Vergangenheit bewährt und wird fortgeführt. In der für den 1. Dezember 2009 anberaumten Zusammenkunft wird es wesentlich auch darum gehen, für das kommende Ausbildungsjahr die richtigen Weichen zu stellen. Der Senat wird bei der Aufarbeitung der Daten insbesondere der Frage nachgehen, wie der Bewerberrückgang zu erklären ist, verweist allerdings auf das damit zusammenhängende Datenproblem (siehe Frage 3).

2. a) Wie viele freie Ausbildungsplätze sind derzeit gemeldet, und wie viele Bewerberinnen und Bewerber stehen diesen Plätzen gegenüber?

Bei den Agenturen für Arbeit war die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen ebenfalls rückläufig. In Westdeutschland fiel sie um 5,1 %, in Ostdeutschland ist ein Rückgang von 14,5 % zu verzeichnen. Erfreulich für Bremen ist, dass sich die Anzahl der gemeldeten Ausbildungsstellen und die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge weiter annähern. Im Einzelnen sieht die Entwicklung in Bremen wie folgt aus:

Tabelle 2: Gemeldete und noch unbesetzte Ausbildungsstellen zum 30. September 2009 nach Arbeitsamtsbezirken

Gemeldete Ausbildungsstellen	30. September 2009	Differenz zum Vorjahr
AA Bremen (inklusive Kreis Osterholz-Scharmbeck)	3901	- 527 (- 11,9 %)
Davon unbesetzt	248	+ 15 (+ 6,4 %)
AA Bremerhaven (inklusive Kreis Cuxhaven)	1348	+ 39 (+ 3 %)
Davon unbesetzt	38	+ 3 (+ 8,6 %)
Gesamt Arbeitsagenturen Bremen und Bremerhaven	5249 (5737 in 2008)	- 488 (- 8,5 %)
Davon noch unbesetzt	286 (268 in 2008)	+ 18 (+ 6,7 %)

Tabelle 3: Gemeldete und noch unbesetzte Ausbildungsstellen zum 30. September 2009 für das Land Bremen

Gemeldete Ausbildungsstellen*)	30. September 2009	Differenz zum Vorjahr
Stadt Bremen	3580	- 547 (- 13,3 %)
Stadt Bremerhaven	1348	+ 39 (+ 3 %)
Gesamt Land Bremen	4928 (5436 in 2008)	- 508 (- 9,3 %)

\* Die Zahlen der unbesetzten Stellen liegen nur für die Agenturbezirke vor, die auch die Landkreise Osterholz-Scharmbeck und Cuxhaven umfassen (siehe oben).

Auf Bundesebene gab es Ende September noch 17 300 unbesetzte Ausbildungsstellen, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 11,3 %. In Bremen ist die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsstellen mit 18 Plätzen leicht gestiegen.

Auffällig ist der Rückgang an Bewerbern/-innen. Schon das dritte Jahr infolge nimmt die Zahl derjenigen ab, die die Berufsberatungen bei der Suche nach einer Lehrstelle einschalten. Die nachfolgende Übersicht zeigt, dass der Rückgang alle Personengruppen im Land Bremen mit etwa 16 bis 18 % in etwa gleichem Maße betrifft. Bei den ausländischen Personen in Bremerhaven fällt der Rückgang mit 3 % bzw. 19 % (Frauenanteil) aus dem Rahmen; dies ist auf niedrige Fallzahlen zurückzuführen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass hier Ausländer/-innen und nicht Personen mit migrantischem Hintergrund erfasst werden.

Tabelle 4: Gemeldete Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen

Bewerber/-innen	30. September 2009	30. September 2008	Differenz
AA Bremen	3858	4736	- 878 (- 18,5 %)
Davon Frauen	1781	2164	- 383 (- 17,7 %)
Davon ausländische Personen, darunter Frauen	409 194	499 232	- 90 (- 18,0 %) - 38 (- 16,4 %)
AA Bremerhaven	2029	2421	- 392 (- 16,2 %)
Davon Frauen	919	1086	- 167 (- 15,4 %)
Davon ausländische Personen, darunter Frauen	140 47	145 58	- 5 (- 3,4 %) - 11 (- 19,0%)
Bremen gesamt	5887	7157	- 1270 (- 17,7 %)
Davon Frauen	2700	3250	- 550 (- 16,9 %)
Davon ausländische Personen, darunter Frauen	549 241	644 290	- 95 (- 14,7 %) - 49 (- 16,9 %)

Bei der Bewertung der Lage und der Entscheidung über künftige Maßnahmen ist zu beachten, dass ein großer Teil der Ausbildungsplätze durch Jugendliche aus dem nahen und fernerem Umland besetzt wird, die Bewerberzahl also größer ist.

- b) Wie hoch ist der Anteil der betrieblichen Arbeitsplätze gegenüber den außerbetrieblichen?

Bremen lag bei der letzten Erhebung im bundesweiten Vergleich der Länder in Bezug auf die Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze im Verhältnis zu den außerbetrieblichen Ausbildungsstellen auf Platz fünf. Zum Stichtag 31. Dezember 2007 lag der Anteil der betrieblichen Ausbildung mit 14 817 Männern und Frauen für das Land Bremen bei 94,9 %. Der Bundesdurchschnitt belief sich auf 90,3 %.

Das Verhältnis zwischen betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen wird bundesweit zum Stichtag 31. Dezember des Jahres ermittelt. Die Erhebung zum Stichtag 13. Dezember 2008 wird mit dem nächsten Berufsbildungsbericht vorgelegt, voraussichtlich im März 2010.

Die Entwicklung der Anzahl der Berufsausbildungsstellen in außerbetrieblichen Einrichtungen und behindertenspezifischen Ausbildungen, die von den Agenturen für Arbeit und den Arbeitsgemeinschaften Bremen und Bremerhaven finanziert werden, lässt sich der folgenden Tabelle entnehmen:

Tabelle 5: Außerbetriebliche Ausbildungsplätze

	2008	2009
Bremen	241	212
Bremerhaven	161	160
Gesamt	402	372

Bei den anstehenden Beratungen der Partner der Bremer Vereinbarungen werden die Gründe für den Rückgang der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze in Bremen beraten und bewertet.

3. Wie beurteilt der Senat die Vermutung der Agenturen für Arbeit, dass mehr Jugendliche als in den Vorjahren dem Besuch einer weiterführenden Schule der Suche nach einem Ausbildungsplatz den Vorzug geben? Lässt sich diese Vermutung anhand der Schüler/-innenzahlen der letzten drei Jahre erhärten? Wenn ja, welche Gründe gibt es dafür? Wenn nein, hat der Senat Kenntnisse darüber, welche Gründe es für die in der aktuellen Statistik ausgewiesene gesunkene Anzahl von Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern gibt und wo der Verbleib dieser Jugendlichen vermutet wird? Zu welchem Ergebnis kommen die Partner der Bremer Vereinbarungen bei der Analyse der Bewerbungsentwicklung?

Die Agenturen für Arbeit können nur eine Vermutung zum Verbleib der Jugendlichen äußern, da ihnen nur die Jugendlichen bekannt sind, die sich bei ihnen melden. Über alle anderen Jugendlichen liegen den Agenturen keine Daten vor.

Auch dem Senat ist es nicht möglich, Daten zum Verbleib der Jugendlichen nach dem Schulabgang umfassend zu erheben. Dies ist kein landesspezifisches, sondern ein bundesweites Problem und liegt darin begründet, dass zwar jedes System für sich Informationen erfasst und verarbeitet, es aber keine systemübergreifenden Datenbanken gibt. Die Übergänge zwischen den Systemen sind daher unklar. So können die Schulen zwar die Anzahl ihrer Abgängerinnen und Abgänger nennen; es ist jedoch nicht feststellbar, wie viele aus dieser Gruppe weiterführende Schulen oder Universitäten in anderen Bundesländern besuchen. Dazu wäre eine datenschutzrechtlich nicht erlaubte Weitergabe personenbezogener Daten notwendig.

Belege dafür, dass die Vermutung der Agenturen für Arbeit den Tatsachen entspricht, lassen sich in dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial nicht finden. So hat sich die Anzahl der Schulentlassenen in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert und die Anzahl der direkten Übergänge aus den allgemeinbildenden Schulen in öffentliche berufliche oder in andere allgemeinbildende Schulen in den letzten drei Jahren absolut gesehen eher verringert. Das Verhältnis zwischen Schulentlassenen und direkten Übergängen hat sich in den Jahren 2007 bis 2009 wie folgt entwickelt:

Tabelle 6: Übergänge in das bremische Schulsystem

	2007	2008	2009 (vorläufig*)
Schulentlassene	5234	5321	5101
Übergänge in öffentliche berufliche Schulen	2887	2755	2578
Übergänge in allgemeinbildende Schulen	607	712	706
Übergänge insgesamt	3494	3467	3284
Übergänge in %	66,8	65,2	64,4

\*) Erste Rückmeldung der Schulen, Daten für 2009 noch unplausibilisiert. Da verschiedene Ausbildungen erst zum 1. Oktober beginnen, ist davon auszugehen, dass noch nicht alle Übergänger/-innen in die duale Ausbildung an den Schulen erfasst sind und diese Zahl somit bis zum Stichtag 15. Oktober noch steigen kann. Bei den Zahlen ist auch zu berücksichtigen, dass nicht alle Schulentlassenen in Bremen bleiben.

Der Senat wird unter Beachtung des Datenschutzes der Frage nach dem Bewer-  
berrückgang weiter nachgehen.

4. Inwieweit sind folgende Ziele der Bremer Vereinbarungen (seit Beginn des  
neuen Bündnisses 2008) erreicht worden?

Die Bilanz für das Jahr 2009 wird in diesen Wochen erstellt und am 1. Dezem-  
ber 2009 beraten. Bei der geplanten Zusammenkunft im Rathaus werden auch  
Schlussfolgerungen für das kommende Ausbildungsjahr, das im Zeichen der Kri-  
senbewältigung steht, gezogen.

- a) Im Hinblick auf die Erhöhung des Anteils betrieblicher Ausbildungsplätze?

Für 2009 liegen die Zahlen noch nicht vor. Im Jahr 2008 wurden 680 neue  
Ausbildungsbetriebe (Zielzahl 205 Betriebe p. a.) und 961 neue Ausbildungs-  
plätze (Zielzahl 510 Plätze p. a.) gewonnen.

- b) Im Hinblick auf die Schaffung einer ausreichenden Anzahl außerbetrieb-  
licher Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche und Migranten/-in-  
nen?

Gemäß der ersten Verabredung der Bremer Vereinbarungen waren für das  
Jahr 2008 365 Plätze geplant, davon 40 % in Bremerhaven. Es ist beabsich-  
tigt, dies für 2009 und 2010 so fortzusetzen.

Die Entwicklung der Anzahl der Berufsausbildungsstellen in außerbetrieb-  
lichen Einrichtungen, die von den Agenturen für Arbeit und den Arbeitsge-  
meinschaften Bremen und Bremerhaven finanziert werden, lässt sich der Ta-  
belle unter Frage 2 b) entnehmen.

- c) Im Hinblick auf die Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorien-  
tierung an allgemeinbildenden Schulen?

Am 1. August 2008 ist die Richtlinie „Arbeits- und Berufsorientierung in der  
Sekundarstufe I“ in Kraft getreten. Sie verpflichtet die Schulen zu Konzep-  
ten durchgängiger Berufsorientierung und legt für die Sekundarschule die  
Einrichtung eines Praxistages in der 9. und 10. Jahrgangsstufe fest.

Die Aufgabe der Arbeits- und Berufsorientierung und der Berufswahlvor-  
bereitung bleibt in den Schulen der Sekundarstufe I an die Funktion der  
Lehrkräfte für Arbeits- und Berufsorientierung gebunden, die insbesondere  
die Etablierung der Praxistage begleiten. Vor allem in den Lerngruppen der  
Sekundarschule mit dem Schwerpunkt der Erlangung der Berufsbildungs-  
reife werden von den Schulen zunehmend Potenzialanalysen genutzt, um  
Stärken und Schwächen zu ermitteln und so abschluss- wie anschlussbe-  
zogene Orientierung und Förderung zu gewährleisten. Diese Instrumente  
bilden auch den Ausgangspunkt der Arbeit mehrerer Projekte zur Vorberei-  
tung von Schülerinnen und Schülern der Haupt- bzw. Sekundarschule auf  
den Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Bildung  
und Ausbildung; hier sind insbesondere die Projekte „Zeig was du kannst“  
in Kooperation mit der Stiftung der deutschen Wirtschaft und „Perspektive  
betriebliche Ausbildung“ in Kooperation mit dem Bildungszentrum der Wirt-  
schaft im Unterwesergebiet zu nennen.

Rückmeldungen aus diesen Projekten wie aus den Vergleichs- und Ab-  
schlussarbeiten der Sekundarstufe I machen deutlich, dass zur Verbesserung  
der Ausbildungsfähigkeit nicht nur an den persönlichen und sozialen Kom-  
petenzen von Schülerinnen und Schülern zu arbeiten ist, sondern nach wie  
vor an sprachlichen und mathematischen Basiskompetenzen. Neben allge-  
meinen und indirekt wirkenden Kampagnen zur Qualitätsentwicklung von  
Unterricht und Schule werden in Verbindung mit den Empfehlungen des  
Schulentwicklungsplans 2008 verstärkt Anstrengungen unternommen, eine  
gezielte Förderung in diesen Kompetenzbereichen durchzuführen. Hinzu  
kommt, dass evaluierte bewährte Fördermaßnahmen, wie Oster- und Herbst-  
camps, in ihrer Leistungsfähigkeit weiterentwickelt werden.

- d) Im Hinblick auf die Verbesserung der Integration von Altbewerbern/-innen  
in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt?

Die Zahl der Altbewerber/-innen ist im Land Bremen mit 2947 Jugendlichen  
(im Vorjahr 3981 Personen) zwar rückläufig, aber nach wie vor unverändert  
hoch.

Altbewerber/-innen nutzen weiterhin Fördermaßnahmen der Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften sowie schulische Angebote zur Überbrückung. Sie wurden verstärkt in überbetriebliche Ausbildungen vermittelt und nehmen die Einstiegsqualifizierung in Anspruch. Darüber hinaus wurde das neue Instrument „Ausbildungsbonus“ genutzt. Betriebe erhalten einen Zuschuss, wenn sie Ausbildungsstellen mit Altbewerbern/-innen besetzen.

Tabelle 7: Altbewerber/-innen: Besuchte Schule aus den Vorjahren

	Bremen Gesamt 2010	Bremerhaven Gesamt 937
Allgemeinbildende Schule	785 (377)	281 (132)
Berufsbildende Schule	843 (390)	563 (248)
Hochschule und Akademien	60 (27)	10 (4)
Keine Angaben	322 (120)	83 (47)

In Klammern die Angaben zum Anteil Frauen.

- e) Im Hinblick auf die Durchführung von gemeinsamen Nachvermittlungsaktionen der Agenturen für Arbeit, der BAgIS, der ARGE Job-Center Bremerhaven und der Kammern?

Im Bezirk der Agentur für Arbeit Bremen wurde die Nachvermittlungsaktion gemeinsam mit der BAgIS und den beteiligten Paktpartnern am 14. September 2009 und 15. September 2009 durchgeführt. Zu dieser Aktion wurden 266 Bewerberinnen und Bewerber eingeladen, 144 nahmen an der Veranstaltung teil. Allen Teilnehmenden konnte mindestens ein Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsangebot unterbreitet werden.

In Bremerhaven wurde am 14. September 2009 eine Nachvermittlungsaktion mit der IHK Bremerhaven, der IHK Stade, der Handwerkskammer Bremen und der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven/Wesermünde durchgeführt. Von den 238 eingeladenen Jugendlichen erschienen 98, denen ebenfalls jeweils mindestens ein Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsangebot gemacht werden konnte.

5. Welche Maßnahmen hält der Senat vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise für geeignet, um allen ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten?

Die bestehenden Maßnahmen werden im Rahmen der Abstimmungsprozesse zwischen den Partnern der Bremer Vereinbarungen regelmäßig überprüft, hinterfragt und weiterentwickelt. An dieser Vorgehensweise soll auch in Zukunft festgehalten werden. Der Senat nimmt vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise insbesondere die große Zahl von Altbewerbern/-innen in den Blick. Für diese jungen Menschen gibt es zahlreiche Angebote, gleichwohl ist ihre Integration in das Berufsleben noch unbefriedigend.

Angesichts der nicht unerheblichen Aufwendungen, die die öffentliche Seite (BA, Bund, Senat und Magistrat) für Maßnahmen des Übergangssystems für Jugendliche aufwendet, ist eine zeitnahe Prüfung dieser Aktivitäten hinsichtlich Effizienz und Effektivität notwendig, damit diese weiterentwickelt und/oder gegebenenfalls ersetzt werden können. Dies sollte im Einvernehmen mit den Partnern der Bremer Vereinbarungen geschehen.

Die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit hat auf ihrer Sitzung am 22. Oktober 2009 einen entsprechenden Vorschlag zur Kenntnis genommen. Damit wurde die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales beauftragt, eine solche Prüfung im Einvernehmen mit den Partnern der Bremer Vereinbarungen durchzuführen. Die staatliche Deputation für Bildung hat im November 2009 ebenfalls von dem Vorschlag Kenntnis genommen.

6. Hält der Senat es für notwendig, spezielle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Ausbildungsangebote im Land Bremen stärker von Jugendlichen aus den Städten Bremen und Bremerhaven genutzt werden? Wenn ja, welche?

Als Oberzentrum mit vielfältigen Kultur- und Freizeitangeboten und einer guten strukturellen Anbindung an das Umland ist Bremen auch für Jugendliche aus

anderen Bundesländern, insbesondere aus dem nördlichen Niedersachsen, sehr attraktiv. Von dem Interesse der Jugendlichen profitiert nicht nur die Bremer Wirtschaft, sondern auch das gesellschaftliche Leben.

Daneben hat die Senatorin für Bildung und Wissenschaft zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass das Leistungsniveau und die Ausbildungsreife der bremischen Schülerinnen und Schüler steigen.

Unter Frage 4 sind bereits relevante Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife beschrieben worden. Es geht zusätzlich darum, das Vertrauen bremischer Betriebe in die Abschlüsse der Sekundarstufe I zu stärken, um bremische Jugendliche wettbewerbsfähiger zu machen.

Hierzu dienen zum einen die zentralen Abschlussarbeiten in den Abschlussprüfungen zur Erweiterten Berufsbildungsreife und zum Mittleren Schulabschluss. Zum anderen müssen die Entwicklungsziele des Schulgesetzes von 2009 und des Schulentwicklungsplans 2008, die auf guten Unterricht in Teamschulen ausgerichtet sind, in der Umsetzung zu einer messbaren Erhöhung der Leistungsfähigkeit des bremischen Schulsystems führen. Hier sind insbesondere die Förderbudgets, die der Primar- und Sekundarstufe I zugeordnet sind und die Schaffung der Institution von Sprachberaterinnen und -beratern zu nennen; Letztere sind Lehrkräfte mit besonderen Qualifikationen für den Bereich der Sprach- und Leseförderung.

7. Welche Angebote gibt es speziell für die Altbewerber/-innen? Sieht der Senat zusätzliche Notwendigkeiten, um den „Berg“ von Altbewerbern/-innen abzubauen? Wenn ja, welche?

Die Agenturen für Arbeit und die Arbeitsgemeinschaften in Bremen und Bremerhaven stellen 2009 neben den bereits erwähnten Ausbildungsplätzen in außerbetrieblichen Einrichtungen gemäß § 242 SGB III (vergleiche Frage 2 b) und 4 b)) die folgenden Unterstützungsinstrumente zur Verfügung:

Tabelle 8: Angebote der Agenturen und ARGEn für Altbewerber/-innen

Instrument	Rechtsgrundlage	Anzahl der Plätze	
		Bremen	Bremerhaven
Ausbildungsbonus	§ 421 r SGB III		
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	§ 61 SGB III	325	126
Einstiegsqualifizierung	§ 235 b SGB III	335	170
Ausbildungsbegleitende Hilfen	§ 241 SGB III	358	206
Externes Ausbildungsmanagement und sozialpädagogische Begleitung	§ 243 SGB III	72	55
Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (In-Jobs)	§ 16 d SGB II	ca. 500	140
Berufspraktische Weiterbildungen	§ 70 SGB III		32
Aktivierungshilfe	§ 46 SGB III		32

Parallel zu diesen Maßnahmen leisten die Agenturen und Arbeitsgemeinschaften mit ihren Dienstleistungsangeboten, wie Berufsorientierung, Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung, einen wesentlichen Beitrag dazu, einen weiteren Anstieg der Altbewerberinnen und Altbewerber zu vermeiden.

Über die oben geschilderten Angebote hinaus, die grundsätzlich von allen Bewerberinnen und Bewerbern in Anspruch genommen werden können, wurde im Rahmen der Bremer Vereinbarungen für 2009 ein Patenmodell beschlossen. Im Rahmen dieses Modells sollen in Bremen bis zu 50 Altbewerberinnen und -bewerber durch Paten der jeweils für eine bestimmte Berufsausbildung verantwortlichen Kammer in Ausbildung integriert werden. Bei der Nachvermittlungskaktion in Bremen konnten 30 Jugendliche für das Modell gewonnen werden, für die auch bereits Patinnen und Paten zur Verfügung stehen.

In Bremerhaven soll das Patenmodell in Einzelfällen ebenfalls zum Einsatz kommen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass zum Berichtsjahresende nur eine relativ kleine Anzahl von Jugendlichen unversorgt sein wird.

8. Welche Anstrengungen werden vom Senat und den Partnern der Bremer Vereinbarung unternommen, um Leistungen der berufsvorbereitenden Maßnahmen auf eine Ausbildung anerkennbar zu machen?

Zu dieser Frage wurde u. a. das ESF-Projekt „Optimierung der Maßnahmen zur Berufsausbildungsvorbereitung durch Qualifizierungsbausteine“ (kurz: „Opti-Qua“) ins Leben gerufen. Das Projekt wird vom Institut Arbeit und Wirtschaft, einer Kooperation der Universität Bremen und der Arbeitnehmerkammer Bremen, unter Beteiligung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und des Magistrats der Stadt Bremerhaven und in Kooperation mit vielen Partnern der Bremer Vereinbarungen durchgeführt.

In einer ersten Phase geht es um eine Bestandsaufnahme der berufs(ausbildungs)vorbereitenden Maßnahmen, in deren Rahmen Ansatzpunkte für die zweite Phase (Entwicklung und Einführung bzw. Weiterentwicklung von Qualifizierungsbausteinen) identifiziert werden sollen. Dieses Angebot richtet sich in erster Linie an interessierte Schulen in Bremen. Die Agenturen für Arbeit Bremen und Bremerhaven ergänzen die Arbeit des Projektes um Ergebnisse bundesweiter Forschungen. Die dritte Phase umfasst den nachhaltigen Transfer über Fortbildungen, Transferworkshops und das Internet.